



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

Ministerium für Verkehr
Postfach 10 34 52 • 70029 Stuttgart

Regierungspräsidien

Stuttgart

Karlsruhe

Freiburg

Tübingen

- Abteilung Straßenwesen und Verkehr -

Stuttgart 10.04.2018

Name Herr Grunert

Durchwahl 0711 231-3627

E-Mail Peter.Grunert@vm.bwl.de

Aktenzeichen 2-0275/21

(Bitte bei Antwort angeben!)

nachrichtlich

Landesstelle für Straßentechnik

 Errichtung einer Informationssicherheitsorganisation

Anlagen

Organigramm

Dieses Schreiben dient der Information der Regierungspräsidien über die zur Sicherstellung der Informationssicherheit für die IT-Infrastruktur der Bundesautobahnen (IT-BAB: Verkehrs-, Betriebs- und Informationstechnik) erforderlichen Maßnahmen. Aufgrund von geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen in Verbindung mit Vorgaben des BMVI ist von der Auftragsverwaltung für die IT-BAB ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) nach BSI-Standard 100-2 (IT-Grundschutz) einzuführen (BSI: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik). Mit Inkrafttreten der „Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz“ (BSI-KritisV) am 30.06.2017 gilt die IT-BAB als kritische Infrastruktur im Sinne des BSI-Gesetzes (BSIG). Betreiber kritischer Infrastrukturen sind verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren den Nachweis über ein angemessenes Sicherheitsniveau zu erbringen und diesen alle zwei Jahre zu erneuern. Nach den Vorgaben des BMVI ist das angemessene Sicherheitsniveau mittels Zertifizierung nach ISO 27001 auf Basis des BSI-IT-Grundschutzes durch die Auftragsverwaltung nachzuweisen.

Nach Anhang 7 der BSI-KritisV besteht die kritische Infrastruktur „Verkehrssteuerungs- und Leitsystem der Bundesfernstraßen“ aus den Anlagen oder Systemen zur Verkehrsbeeinflussung im Straßenverkehr, einschließlich der in § 1 Absatz 4 Nummer 1, 3 und 4 des Bundesfernstraßengesetzes genannten Einrichtungen, der Betriebstechnik sowie der Telekommunikationsnetze (nicht die Bürokommunikation!). Aufgrund von getrennten Zuständigkeiten, sowie zur Reduzierung der Komplexität wird der Gesamtverbund in Abstimmung mit dem BMVI in drei Teilverbünde (Verkehrs-, Betriebs-, Informationstechnik) aufgeteilt. Die Landesstelle für Straßentechnik wurde mit Schreiben des Ministeriums für Verkehr (VM) vom 01.08.2017 gebeten, den IT-Grundschutz nach den BSI-Standards für die Verkehrssteuerungs- und Leitsysteme im Netz der Bundesautobahnen in Baden-Württemberg sukzessive sicherzustellen.

Kontaktstelle für Kritische Infrastrukturen

Nach § 8b Absatz 3 BSIG haben die Betreiber Kritischer Infrastrukturen dem BSI eine Kontaktstelle für die von ihnen betriebenen Kritischen Infrastrukturen zu benennen. Die Betreiber haben sicherzustellen, dass sie über diese Kontaktstelle jederzeit erreichbar sind, da hierüber die Übermittlung von Informationen an bzw. durch das BSI erfolgt. Als Kontaktstelle für das Land wurde dem BSI die Fernmeldemeisterei Ludwigsburg benannt.

Da die Kritische Infrastruktur gemäß BSI-KritisV Anhang 7 Teil 1 Punkt 1. d) aa) den gesamten Informationsverbund (Verkehrs-, Betriebs- und Informationstechnik) umfasst, liegen auch bei den Abteilungen 4 der Regierungspräsidien Zuständigkeiten im Betrieb von Anlagen und Systemen der Kritischen Infrastruktur, die mit dem Telekommunikationsnetz verbunden sind, wie z.B. Verkehrsbeeinflussungsanlagen, Tunnelbetriebstechnik, Betriebstechnik der Autobahnmeistereien. Für diese Anlagenteile sind die meldepflichtigen Störungen von den Abteilungen 4 der Regierungspräsidien an die Fernmeldemeisterei Ludwigsburg als gemeinsame Kontaktstelle und von dort an das BSI zu melden. Die nachrichtliche Weiterleitung der Störungsmeldungen an das VM, sowie an das BMVI erfolgt durch die Kontaktstelle. Die Kontaktstelle ist Ansprechpartner für alle allgemeinen und organisatorischen Fragen des BSI.

Die Warnungen und Lagebilder des BSI werden an ein Funktionspostfach der Kontaktstelle versandt. Über Regeln im Mailsystem erfolgt die automatische Verteilung an die jeweils Zuständigen. Bei hoher Dringlichkeit erfolgt eine Weiterleitung auf ein Rufbereitschaftshandy. Die Verteilung der Zugänge zum Melde- und Informationsportal

(MIP) des BSI wird durch die Fernmeldemeisterei Ludwigsburg organisiert und dokumentiert. In diesem Zusammenhang ist geplant, eine gemeinsame Einführung mit allen Beteiligten zu organisieren, um die Mailverteilung, die Meldewege, Rechte und Pflichten sowie die Einhaltung des Traffic Light Protocol (Schutz ausgetauschter Informationen) abzustimmen.

Informationssicherheitsorganisation

Zum Aufbau einer Organisationsstruktur zur Sicherstellung eines angemessenen Sicherheitsniveaus zeigt der vom Bund vorgegebene BSI-Standard 100-2 eine Vorgehensweise für Behörden und Unternehmen auf. Die Informationssicherheitsorganisation nach den BSI-Standards besteht im Kern aus einem Informationssicherheitsbeauftragten (ISB) und einem unterstützenden Informationssicherheitsmanagementteam (ISMT) aus vorhandenen Fachleuten der Teilverbünde. Für die Etablierung des IT-Grundschutzes und bei größeren Projekten kann zur Unterstützung noch ein Koordinierungsausschuss eingesetzt werden.

a) Informationssicherheitsbeauftragter (ISB)

Die neue Funktion des ISB wird in die Organisationsstruktur der Landesstelle für Straßentechnik eingeordnet. Vorgaben für den ISB nach IT-Grundschutz:

- Verantwortung für Informationssicherheit verbleibt bei der Leitungsebene (AL 9)
- Direkte Berichtslinie an die Leitungsebene (AL 9)
- Nicht im Weisungsbereich der operativen Einheiten (Fernmeldemeisterei, VRZ)

b) Informationssicherheitsmanagementteam (ISMT)

Es ist vorgesehen, das ISMT mit vorhandenen Mitarbeitern entsprechend der betroffenen Fachbereiche und Zuständigkeiten gemäß beiliegendem Organigramm zur Informationssicherheitsorganisation (s. Anlage) zu besetzen.

Das ISMT unterstützt den ISB als Projektteam nach Bedarf in der notwendigen Besetzung. Es sind regelmäßige Statusbesprechungen je Teilverbund und anlassbezogene Detailbesprechungen durchzuführen. Alle Änderungen an den IT-Systemen im Bereich des Gesamtinformationsverbundes sind rechtzeitig vorher mit dem ISB in Bezug auf die Informationssicherheit abzustimmen. Daraus folgt, dass alle Mitglieder des ISMT über die entsprechenden Informationen in ihrem Fachbereich verfügen müssen und diese dem ISB zur Verfügung stellen. Abhängig von

Umfang und Häufigkeit bestimmter Maßnahmen können verschiedene Beteiligungsmechanismen eingeführt werden (z.B. für Projekte, kleine Änderungen, Reparaturen, Wartung usw.). Hier ist insbesondere beim Aufbau des Sicherheitsprozesses und der Sicherheitskonzeption auf die Auslastung dieser Mitarbeiter zu achten, um die Erledigung der bisherigen Aufgaben nicht zu beeinträchtigen und im Bedarfsfall personell nachsteuern zu können.

c) Koordinierungsausschuss für Informationssicherheit

Der Koordinierungsausschuss ist keine Dauereinrichtung, sondern wird bei Bedarf (z.B. zur Einrichtung des Sicherheitsprozesses, zur Planung größerer damit zusammenhängender IT-Projekte oder zur Behebung struktureller Mängel) einberufen. Er hat die Aufgabe, das Zusammenspiel zwischen dem ISMT, dem ISB, der Abteilungsleitung Landesstelle für Straßentechnik, den Abteilungen 4 der Regierungspräsidien und dem VM zu koordinieren. Im Fall von Konflikten bei der Zuständigkeit ist dieser Ausschuss ebenfalls geeignet, die Einbindung der Abteilungen 4 in den Sicherheitsprozess zu optimieren. Daher sollte dieser auf Referatsleiterbene (Landesstelle für Straßentechnik und Referate 45 der Regierungspräsidien) gebildet werden. Anlassbezogen ist auch die Einbeziehung der Referate 43 (Tunnel) und 47 (Bau) der Regierungspräsidien denkbar.

Kompetenzen und Verantwortung

Die Referate 45 der Regierungspräsidien sind zuständig für den Betrieb der Verkehrsbeeinflussungsanlagen, der Tunnelbetriebstechnik sowie der Unterhaltung der Anlagen und Gebäude und die von den Autobahnmeistereien betriebene eigene Betriebstechnik (z.B. Pumpenanlagen, Salzsilos, Videoüberwachung, Torsteuerungen usw.). Dies hat zur Folge, dass ein Informationssicherheitsmanagement in der Landesstelle für Straßentechnik auch Befugnisse gegenüber den Referaten 45 (ggf. auch 43 und 47) der Regierungspräsidien erhält.

Es müssen an dieser Schnittstelle Regelungen für die Ausführung und die Übergabe der Anlagen an den Betrieb, die Abwicklung der Wartungsverträge, der Zugriff Externer auf die Anlagen (z.B. Fernwartung), die Abstimmung von Änderungen an den Anlagen, sowie die Fortschreibung der Sicherheitsdokumentation getroffen werden. Die Verantwortung für die Informationssicherheit innerhalb ihrer Zuständigkeiten haben die Referate 45 der Regierungspräsidien. Der ISB benötigt jedoch die Befugnis zur Überprüfung der Einhaltung von abgestimmten Regelungen und Maßnahmen.

Der ISB ist aus der Landesstelle für Straßentechnik heraus für den gesamten Informationsverbund zuständig und muss daher Zugang auf die Informationen der relevanten IT-Systeme im Zuständigkeitsbereich der Regierungspräsidien erhalten und Maßnahmen zur Informationssicherheit mit festlegen können. Daher sollen im ISMT auch Mitarbeiter der Referate 45 der Regierungspräsidien vertreten sein. Diese Form der Einbindung in die Informationssicherheitsorganisation erfolgt in Abstimmung mit den Abteilungen 4 der Regierungspräsidien.

Berichtswesen

Der ISB informiert mit regelmäßigen Statusberichten und anlassbezogenen Ereignisberichten direkt dem Abteilungsleiter der Landesstelle für Straßentechnik. Erkannte Mängel im Bereich der Informationssicherheit werden auf dem Dienstweg abgearbeitet. Weiterhin berichtet der ISB dem VM über den Fortschritt bei der Etablierung des IT-Grundschutzes. Die Mitglieder des ISMT berichten über alle informationssicherheitsrelevanten Planungen, Maßnahmen und Ereignisse an den ISB. Hierzu werden die entsprechenden Prozesse und Formulare definiert.

Weiteres Vorgehen

Es ist vorgesehen, die Stelle für einen ISB im Referat 92 der Landesstelle für Straßentechnik neu einzurichten. Die Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse des ISB werden in einer Dienstanweisung für alle Beteiligten festgelegt. Im Anschluss erfolgt die Einrichtung des ISMT.

Die Regierungspräsidien werden um Kenntnisnahme und Beachtung gebeten.

Dieses Schreiben wird entsprechend der VwV Re-StB-BW vom 1. Juli 2008 in die „Liste der Regelwerke der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg“ (LisRe-StB-BW) im Internet- und Intranetangebot der Landesstelle für Straßentechnik beim Regierungspräsidium Tübingen im Sachgebiet 08 Fernmeldemeldewesen und Elektrotechnik unter Allgemeines eingestellt.

gez. Klaiber